

sen Beweis von der Nutzlosigkeit unserer Gesandten 2 Anträge an, 1) den betreffenden Gesandten abzuberufen 2) überhaupt alle sächsischen Gesandten, die mit dem Ministerium des Auswärtigen dem Lande jährlich 100000 Thlr. kosten, als überflüssig zurückzuberufen, welche Anträge nächstens zur Abstimmung gelangen werden. Hierauf wird ein Antrag Riedels besprochen, die noch schwebenden Untersuchungen wegen Jagdvergehen niederzuschlagen. Regierung und Stände erkennen, daß im vergangenen Jahre Jagdvergehen häufig darin ihren Grund hatten, daß die Betheiligten glaubten, die Jagdrechte seien aufgehoben; doch stimmen auch fast alle Sprecher damit überein, daß von der Straflosigkeit Manche auszunehmen seien, diejenigen z. B., welche aus verschlossenen Gehägen Wild geraubt haben, daß auch ein Unterschied zwischen Jagdvergehen auf eigenem und fremdem Grund und Boden zu machen sei. Schließlich wird der Antrag angenommen.

Leider haben unsere Stände bis jetzt noch nicht das Recht, selbst Gesetze zur Berathung vorzuschlagen, sondern müssen warten, bis die Regierung Gesetze vorlegt. Das ist dieser ihrer Aussage nach bis jetzt noch nicht möglich gewesen, weshalb vorzüglich die erste Kammer ziemlich unthätig gewesen ist. Das Wichtigste aus den letzten Sitzungen war der in Nr. 2 und 4 unserer Blätter schon erwähnte Rücktritt der Minister, dessen Ursache man darin suchen muß, daß dieselben über wichtige Punkte mit dem Könige verschiedener Ansicht gewesen sind; denn die Kammern haben keine Ursache dazu gegeben. Zur Freude aller Gutgesinnten scheint sich jedoch diese Meinungsverschiedenheit ausgeglichen zu haben; denn schon am 27. Jan. erklärten die Minister in der Kammer, daß der König ihr Entlassungsgesuch nicht angenommen habe, und am 28., daß sie sich entschlossen hätten zu bleiben. Nur die Rücktrittspartei, die in ihrer ersten Freude über den Sturz der bürgerlichen Minister sich schon ein neues hochadeliges Ministerium nach altem Zuschnitte zusammenstellte, war ärgerlich über das Fehlschlagen dieser Hoffnungen; aus allen Theilen Sachsens laufen dagegen Adressen ein, die ihre Freude über das Bleiben dieses Ministeriums aussprechen. Ja es stimmen darin sogar die deutschen und die demokratischen Vereine zusammen; jene freuen sich darüber, weil ihnen jede Art von Umsturz und Störung der Ruhe schrecklich ist, weil sie stets für die Regierung sind; diese erkennen an, daß unsere Minister es nicht nur ehrlich mit dem Volke meinen, sondern auch so tüchtige Männer sind, daß man wenigstens nicht leicht bessere in Sachsen finden würde. Während dieser sogenannten Ministerkrisis wurde in der II. Kammer einstimmig der Antrag angenommen, daß die in Frankfurt beschlossenen Grundrechte für Deutschland unverzüglich auch in Sachsen verfassungsmäßig anzunehmen und durchzuführen seien; es wurde dabei bemerkt, daß man mit diesen Grundrechten keineswegs ganz zufrieden sein könne, sondern sie nur als das Maß der Freiheit betrachten müsse, das wenigstens ganz Deutschland haben solle. Wir in Sachsen wollen uns bei deren nächstens erfolgenden Einführung noch manche Erweiterung und Verbesserung vorbehalten. — Mit Beifall wurde ferner die Erklärung der Minister angenommen, es sei gegen die Grundsätze der Regierung, politische Flüchtlinge auszuliefern. Es hatte sich nämlich das Gerücht verbreitet, es sollten mehrere Oesterreicher, die sich dem gesetz- und rechtlosen Zustande in ihrem Lande durch die Flucht entzogen hatten, wieder dahin ausgeliefert werden.

Ueber die zeitherigen Sitzungen der I. Kammer ist nur wenig zu berichten, da sie sich meist mit uninteressanten Formensachen beschäftigte und bei wichtigen Fragen die Wünsche und Ansichten der II. Kammer größtentheils theilte. So nahm auch sie den Antrag an, Jagdvergehen des vorigen Jahres mit einigen Ausnahmen straflos hingehen zu lassen. Auch in der Oberhauptsfrage war sie in der Hauptsache, in dem Widerwillen gegen einen erblichen Kaiser derselben Meinung mit der II. Kammer, und selbst die, welche anriethen, sich den Frankfurter Beschlüssen zu unterwerfen, ließen die Ausnahme gelten, wenn Frankfurt seinen Hauptzweck, Deutschland zu einigen, durch Ausschluß Oesterreichs nicht erreiche, oder sie sahen die unbedingte Unterwerfung unter jene Beschlüsse nur als ein nothwendiges Uebel an, ohne welches keine Einheit Deutschlands möglich sei.

### Nationalversammlung in Frankfurt.

Nachdem die Nationalversammlung alle Anträge über das deutsche Reichsoberhaupt, über dessen Erblichkeit, lebenslängliche Regierung, oder Regierung auf 6 und 4 Jahre abgeworfen hatte, bestimmte sie in einer spätern Sitzung trotz aller Gegenanstrengungen der Linken, daß das Oberhaupt Kaiser genannt werden solle. Den 28. v. M. wurde der Entwurf der Gewähr der Reichsverfassung vorgelegt. Eine weitläufige, diplomatisch abgefaßte Note der preussischen Regierung, unterzeichnet: Bülow, fordert die übrigen deutschen Regierungen auf, durch ihre Bevollmächtigten in Frankfurt ihre allenfallsigen Bedenken über die bereits durch die erste Lesung gegangenen Theile der Reichsverfassung bei der Reichsregierung einzugeben, damit sie bei der zweiten Lesung von der Nationalversammlung in Erwägung gezogen werden könnten. Dem zu Folge hat das Reichsministerium die Bevollmächtigten der deutschen Regierungen versammelt und dasselbe Verlangen an sie gestellt. Am 29. kamen in der 160. Sitzung der Nationalversammlung eine Menge zurückgebliebener Berichte vor, die alle durch den Beschluß auf die Tagesordnung beseitigt wurden. Dasselbe Schicksal wünschte der Verfassungsaus-schuss in seinem Berichte auch dem Antrage Arndts aus München, die angenommenen Abschnitte der Reichsverfassung: das Reich, die Reichsgewalt, das Reichsgericht, den Einzelregierungen offiziell mitzutheilen, damit dieselben noch vor der zweiten Lesung ihre allenfallsigen Bedenken geltend machen könnten. Das Reichsministerium hat von seiner Seite bereits, wie oben gemeldet, dafür gesorgt, so daß es die Nationalversammlung nicht nöthig hat und die Eingaben der Regierungen, wie jede andere Eingabe, ruhig abwarten kann. Die endlich festgestellte Demarkationslinie im Großherzogthum Posen, wie weit nämlich Deutschposen gehen soll, wurde auch zur Genehmigung vorgelegt. Wann bringt die große Zeit endlich die großen Männer? So viele tüchtige Männer jetzt in Frankfurt tagen, es hat sich noch kein wahrhaft großer Mann unter ihnen gezeigt, seitdem der geopfert worden ist, der die meisten Ansprüche auf diesen Namen hatte.